

Wind of change

DAS JAHR ENDET FAST SO, wie es begonnen hat: mit Lockdown und politischen Turbulenzen. Es bleibt zu hoffen, dass nicht nur manch politische Karriere, sondern auch die Angriffe gegen Teile der Gerichtsbarkeit ein Ende haben.

Ein vorerst gutes Ende haben die Budgetverhandlungen für die Justiz gebracht. Es gibt wieder ein kleines Plus, einige schon seit Jahren geplante und dringend notwendige Bauvorhaben sollen nun endlich in Angriff genommen werden, und die längst fällige Anhebung der Dolmetschgebühren wurde im Budgetbegleitgesetz bereits umgesetzt.

*Auch für die Richtervereinigung geht ein turbulentes Jahr zu Ende. Nach wochenlangen Bemühungen um einen raschen Impfstart und der immer wieder kehrenden Frage nach dem Verhandlungsbetrieb, wenn sich mal wieder die Intensivstationen füllen und die Menschen eigentlich besser zu Hause bleiben sollten, standen Stellungnahmen und Diskussionen rund um rechtsstaatlich bedenkliche, populistische Äußerungen monatelang auf der Tagesordnung. Letztlich gab es aber doch noch einen positiven Höhepunkt in diesem Jahr: am 11. und 12. November konnten wir in Linz den Tag der Richterinnen und Richter begehen, gerade noch rechtzeitig vor dem Lockdown und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen. Erstmals fand diese Tagung in hybrider Form statt, damit auch wirklich alle Interessent*innen die Möglichkeit zur Teilnahme hatten. Wer trotzdem nicht dabei sein konnte: die Video-Mitschnitte sind noch bis Jänner auf unserer Homepage abrufbar. Anfang nächsten Jahres widmen wir dann auch wieder ein Sonderheft der Richterzeitung dem Tag der Richterinnen und Richter, mit allen Vorträgen, Reden und einer Zusammenfassung der Diskussionsrunden.*

In Linz haben wir uns dem richterlichen Selbstbild, dem Fremdbild und dem Wunschbild gewidmet. Teil der Diskussion unseres Selbstbilds war auch die Frage nach der Zukunft unseres Richterbilds. Wie wollen wir in Zukunft arbeiten? Wohin soll sich unser Berufsbild entwickeln?

*Die Antwort auf diese Fragen hängt nicht nur von unseren Wunschvorstellungen, sondern auch von den äußeren Gegebenheiten ab. Budgetvorgaben und restriktive Personalplanung können wir nur bedingt beeinflussen. Auch die Anzahl der Fälle und die Streitlust der Parteien können wir nicht steuern. Es gibt aber Bereiche, die wir mitgestalten und für die wir Forderungen erheben können. Ein wesentlicher Punkt ist das Thema „Aufgabenkritik“. Viele von uns sehen sich öfter in der Rolle von Sachbearbeiter*innen und Sekretär*innen, als in der Rolle des Entscheidungsorgans. Wir verbringen zu viel Zeit mit Tätigkeiten, die kein rechtswissenschaftliches Studium erfordern und uns von unseren eigentlichen Aufgaben ablenken oder gar abhalten. Die jahrelangen Personalkürzungen im nicht-richterlichen Bereich haben dazu geführt, dass wir immer mehr Aufgaben übernommen haben bzw keine abgeben konnten. Das führt zu einer massiven Belastung, die sich auch in PAR und anderen Instrumenten nur schlecht darstellen lässt. Das größte Übel ist jedoch, dass die Zeit für das Wesentliche, unsere Kernaufgaben, immer knapper bemessen ist. Eigentlich sollten wir doch den Großteil unseres Arbeitsjahres dem Vorbereiten unserer Verhandlungen, der Durchführung derselben und dem Entscheiden widmen. Das alles möglichst nicht gestresst, mit ausreichend Zeit für das Parteiengehör und unter Vermeidung (zu) langer Ausfertigungsfristen. Soweit das Ideal. Wie sieht Ihre Realität aus? Unser*

Foto: © Christine Weinberger



MAG. SABINE MATEJKA ist Vorsteherin des BG Floridsdorf und Präsidentin der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter.

Arbeitsalltag entfernt sich zu oft von diesem Idealbild. Das ist nicht nur ineffizient, sondern auch zunehmend unattraktiv für junge Jurist*innen. Beides ist fatal.

In der Privatwirtschaft finden gute Jurist*innen meist deutlich bessere Organisationen vor, bekommen qualifizierte Unterstützung im Backoffice und mittlerweile gibt es auch fast überall flexible Arbeitszeitmodelle und Homeoffice-Lösungen. Sogar Anwaltskanzleien haben erkannt, dass die jüngeren Generationen nicht mehr bereit sind, Tag und Nacht zu arbeiten und ihr Familienleben hinten zu stellen. Den „sicheren Job“ findet man heute auch wieder in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Diensts. Jungen Jurist*innen werden unzählige Verwaltungspraktika angeboten und es wird in den Ländern und im Bund aktiv um Nachwuchs geworben.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, wir haben immer noch einen sehr interessanten Beruf. Aber der Konkurrenzkampf um die Besten ist bereits in vollem Gange und die Pensionierungswelle hinterlässt jedes Jahr mehr Lücken, die es wieder zu füllen gilt. Bereits jetzt gibt es in manchen Sprengeln immer wieder Probleme, eine ausreichend große Zahl qualifizierter Bewerber*innen zu

Rechtssprechungsorgane müssen sich wieder auf ihre Rechtssprechungsaufgaben konzentrieren können. Der Beruf der Richter*innen und Staatsanwälte*innen muss auch in Zukunft attraktiv bleiben und die Justiz am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sein.

finden. Derzeit sind 30 bis 40 Ruhestände pro Jahr nachzubeseetzen, ab 2022 steigt diese Zahl auf 60 bis 80 pro Jahr! Keinesfalls darf das dazu führen, dass wir unsere Ansprüche zurückschrauben und Kandidat*innen aufnehmen, die wir eigentlich nur für bedingt geeignet halten. Quereinsteiger*innen, meist aus der Anwaltschaft, stellen oft eine Bereicherung dar, sie können aber nur Teil der Lösung sein.

Richter*innen müssen sich wieder auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren können. Aufgaben, für die wir schließlich viele Jahre ausgebildet wurden und für deren Erfüllung wir aus Steuergeldern bezahlt werden. Wir brauchen dafür administrative und in manchen Bereichen auch juristische Unterstützung, damit wir auch in Zukunft den Arbeitsanfall in angemessener Zeit bewältigen können.

Es gibt viele Möglichkeiten, wie wir dies erreichen können. Die Beschäftigung juristischer Mitarbeiter*innen am Bundesverwaltungsgericht ist ein gutes Beispiel. Durch ihren Einsatz kann man Richter*innen effizient unterstützen und plötzliche Anfallssteigerungen flexibel bewältigen. Viele Länder setzen auf dieses Modell. Eine von uns durchgeführte Umfrage in Europa hat ergeben, dass dies von den befragten Richter*innen ohne Einschränkung positiv bewertet und weiterempfohlen wird.

Der Ausbau und die Aufwertung des Kanzleidiensts ist ein weiterer Ansatz. Auch hier muss ein zeitgemäßes und attraktives Berufsbild geschaffen werden, damit wir wieder motivierte Berufsanfänger*innen anwerben und weiteren Abgängen in andere Berufe und zu anderen Arbeitgebern endlich Einhalt gebieten können. Viele unserer täglichen „Handgriffe“ könnten von Mitarbeiter*innen ohne juristische Ausbildung übernommen werden. Dabei sollte eine Entlastung der Richter*innen mit einer Attraktivierung von Aufgabengebiet und Gehalt im Kanzleidienst Hand

in Hand gehen. Das wäre eine klassische win-win-Situation.

Die Digitalisierung und der Generationenwechsel bieten in den nächsten Jahren nicht nur die Chance für Veränderung, sondern sie machen diese geradezu zwingend notwendig. Selbst wenn man wollte, wird man das bestehende System kaum aufrechterhalten können. Der Ruf nach möglichst raschen Verfahren und Entscheidungen ist berechtigt. Aber dafür braucht es mehr als Prüflisten und eine stringente Dienstaufsicht. Ohne organisatorische Reformen im Sinne einer effizienten Verfahrensführung werden wir die zukünftigen Aufgaben nicht in gewohnter Qualität bewältigen können.

Rechtssprechungsorgane müssen sich wieder auf ihre Rechtssprechungsaufgaben konzentrieren können. Der Beruf der Richter*innen und Staatsanwälte*innen muss auch in Zukunft attraktiv bleiben und die Justiz am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sein. Sie muss als Arbeitgeber aber auch andere qualifizierte Mitarbeiter*innen ansprechen, die hier ein herausforderndes und adäquat bezahltes Aufgabengebiet vorfinden. Wenn wir unsere Qualitätsstandards beibehalten wollen, dann müssen Gerichte und Staatsanwaltschaften für zukünftige Generationen ein attraktiver Arbeitsplatz sein.

Der Ruf nach notwendigen Veränderungen kommt sowohl von der Ständesvertretung als auch aus der Justizverwaltung. Wir sitzen alle im selben Boot und wir haben ein gemeinsames Interesse, dass dieses Boot in die richtige Richtung steuert. Aus dem Justizministerium gibt es erste vorsichtig-positive Signale. Die Statistik der Pensionsabgänge lässt sich auch dort nicht länger ignorieren und der Forderung nach mehr Effizienz kann man schwer etwas entgegenzusetzen. Jetzt ist es Zeit zu handeln, wohl überlegt und unter Einbindung aller betroffenen Berufsgruppen.

SABINE MATEJKA